

Vergiftete Hilfe

Merkel, Sarkozy und Kollegen haben ein zweites 130 Milliarden Euro schweres „Rettungspaket“ für Athen geschnürt. Griechenland erhält öffentliche Kredite und zusätzlich sollen private Gläubiger die Hälfte ihrer Forderungen streichen.

Die vermeintliche Hilfe ist jedoch vergiftet. Notkredite gibt es nur gegen brutales Kürzen: Der griechische Mindestlohn soll von 4,38 Euro auf 3,34 Euro pro Stunde gekürzt werden. Das ohnehin nur ein Jahr gezahlte Arbeitslosengeld um 30 Prozent auf 322 Euro und die Renten um zehn bis 15 Prozent. Im öffentlichen Dienst sollen 150.000 Beschäftigte entlassen werden. Wenn dieser asoziale Schrumpfkurs durchgezogen wird, ist der griechische Patient tot.

Auch der Schuldenschnitt ist nicht uneigennützig. Bei einer sofortigen Pleite Griechenlands würden die Gläubiger weit mehr verlieren. Die Griechen sollen jetzt einen Teil ihrer Schulden erlassen bekommen, um sicher zu stellen, dass sie die restlichen Schuldtitel weiter bedienen. Den Großteil der Verluste haben die Banken ohnehin schon abgeschrieben. Die Staatspleite wird so nur aufgeschoben, nicht verhindert. Um Griechenland zu retten, wären Hilfen zum Aufbau einer leistungsfähigeren griechischen Wirtschaft und Verwaltung nötig.

Es ist richtig und wichtig, dass sich die griechischen Kolleginnen und Kollegen gegen diesen Kahlschlag wehren. Sie haben unsere volle Unterstützung.



Bild: PANAGIOTOU / DPA Bildfunk